

Geld, Transaktionskosten und Wohlstand im Sozialismus

Anmerkungen zu Jonathan R. Zatlin: *The Currency of Socialism – Money and Political Culture in East Germany*. Cambridge 2007.

Hans-Lothar Fischer

Die Währungsreform von 1948 brachte das Wirtschaftswunder nach Westdeutschland. Schwarzmärkte und Tauschzentralen verschwanden, die Geschäfte füllten sich über Nacht mit Waren. Hamsterer auf überladenen Reichsbahnzügen und Polizeirazzien vor Bahnhöfen gehörten der Vergangenheit an. Manche Intellektuelle und weltfremde Utopisten konnten sich das nicht erklären. Heinrich Böll kritisierte die Einführung des neuen Geldes noch lange Jahre danach im Wochenmagazin *Die Zeit* und beklagte sich, damit sei der Kapitalismus in Westdeutschland eingeführt worden.

Die Reform brachte nicht nur neues Geld. Der listige Ludwig Erhard setzte damit auch eine weitgehende Freigabe der Preise durch. Das sogenannte „Leitsatzgesetz“ wurde zwar von den westlichen Alliierten kritisiert, aber sie haben die Sache zum Glück so laufen lassen. Preise zeigten nun wieder Knappheit an, sie gaben wichtige Signale für Produzenten und Konsumenten.

Die Machthaber in der sowjetischen Besatzungszone lehnten das ab. Sie blockierten Westberlin, angeblich um den Zustrom der alten Reichsmark aus dem Westen zu verhindern. Amerikanische und britische Rosinenbomber halfen.

Volkswirtschaften ohne freie Preisbildung erzeugen hohe Transaktionskosten. Zentrale Preisfestsetzung durch eine gigantische Zentralplanbürokratie und das Politbüro der SED führten in der DDR zu abenteuerlichsten Ausweich- und Vermeidungsreaktionen. Hohe Transaktionskosten lenkten knappe Ressourcen in falsche Verwendungen und brachten Wohlstandsverluste.

Jonathan R. Zatlin stellt in seinem 2007 erschienenen Buch die Machtspiele im Politbüro der SED, die Ablösung Ulbrichts durch Honecker, die Auseinandersetzungen mit und unter den DDR-Bezirksfürsten, beispielsweise um die Standorte der Autoindustrie, und den Umgang mit ökonomischen Problemen sehr überzeugend dar und viele der von Zatlin dokumentierten Abläufe stützen Gordon Tullocks Hypothesen zum Verhalten von Staatsbürokratien. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ setzte die Preise von lebenswichtigen Gütern (Grundnahrungsmittel, Mieten) durch Subventionen niedrig an. Die zwangsläufige Folge: zerfallende Städte, riesige Plattenbaugebiete an den Stadträndern und unkalkulierbare Budgetdefizite. Brötchen wurden an Schweine verfüttert. Bei „weniger notwendigen“ Gütern – Autos, Fernsehgeräten und anderen Artikeln – wurden die Preise dagegen hoch angesetzt. Der Verkauf von Gebrauchtautos wurde streng reguliert. In den späten achtziger Jahren kostete ein neuer PKW Trabant 11 156,35 DDR-Mark. 1989 wurden „Trabis“ an Käufer ausgeliefert, die das Fahrzeug im Jahre 1976 bestellt hatten. Beim PKW Wartburg mußte man noch länger warten, bei Ladas und Skodas betrug die Wartezeit 18 Jahre.

Probleme mit der Fleischversorgung begannen, als Günter Mittag im Jahre 1982 anordnete, mehr Schweinefleisch nach Westdeutschland zu exportieren. Mehr West-Devisen sollten die Modernisierung voranbringen. Die Planzahlen der Tierproduktion wurden erhöht, während die Versorgung der eigenen Bevölkerung an Bedeutung verlor. Das Programm hatte außerdem verheerende Auswirkungen auf die Tierhaltung: In den ersten

drei Monaten 1982 verendeten 774 100 Schweine. Das Durchschnittsgewicht einer Kuh sank von 483 im Jahre 1981 auf 459 Kilogramm im Jahre 1982. Bei Schweinen beobachtete man ähnliches. Weitere Folgen: Milch und Butter wurden knapp – auch weil Kühltechnik fehlte. Die DDR-Bevölkerung reagierte mit zunehmender Kritik. „Werkstätige“ verließen immer häufiger den Arbeitsplatz, um für dringend benötigte Waren anzustehen. Die Zahl der „Eingaben“ an den Staatsratsvorsitzenden stieg. Die Staatssicherheit und die SED-Grundorganisationen registrierten zunehmende Unzufriedenheit. Die Staatsschulden im Außenhandel nahmen dramatisch zu. Man suchte krampfhaft nach weiteren Möglichkeiten für Exporte ins „Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“. Große Teile der DDR-Konsumgüterproduktion wurden zu Dumpingpreisen an westdeutsche Abnehmer verkauft. Eine geringe Qualität der gelieferten Waren führte zu Vertragsstrafen und minderte die Devisenerlöse. 1988 ließ sich die DDR-Regierung auf einen Deal mit der westdeutschen Hoechst AG ein. Das umstrittene blutdrucksenkende Medikament Ramipril sollte an ostdeutschen Patienten erprobt werden. Hoechst erhoffte sich davon mehr Diskretion. Staatssicherheit und „Hygieneinspektionen“ warnten: Möglichen Gesundheitsrisiken für Patienten könne man nicht begegnen.

Die internationale Kapitalmarktkrise der frühen achtziger Jahre erfaßte nicht nur die DDR, sondern auch den gesamten Ostblock. Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen führte zu weiterer Verknappung internationalen Kapitals – auch in der DDR. Im Juni 1983 keimte Hoffnung auf: Franz-Josef Strauß vermittelte einen Kredit über eine Milliarde DM zu ungewöhnlich günstigen Konditionen. Es folgen weitere 950 Millionen DM im Jahre 1984. Günter Mittag's Schweinefleischexporte – vermittelt durch Alexander Schalck-Golodkowski, „a close friend of Strauß“ – brachten dann doch noch Gewinn.

In der DDR-Wirtschaft kam es also durch jahrzehntelange Fehlsteuerung zu schwersten Friktionen und Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Zatlin belegt das auf eindrucksvolle Weise: Der Erfolg (oder Mißerfolg) staatlicher Wirtschaftspolitik dokumentiert sich letztlich immer in der Stabilität der Währung und in internationalen Produktivitätsvergleichen. Im übrigen Ostblock gab es die gleichen Strukturprobleme. Die DDR hatte allerdings die Möglichkeit, aus deutsch-deutschen und internationalen Verträgen (KSZE) wirtschaftliche Vorteile zu ziehen. Allerdings bargen diese Vereinbarungen auch politische und ideologische Risiken. Obwohl alle Wirtschaften im Ostblock an der gleichen Krankheit litten, gelang es offenbar der DDR – um welchen Preis das geschah, blieb den Bürgern verborgen –, die eigene Bevölkerung am „Überfluß“ der Konsumgesellschaft im Westen teilhaben zu lassen (Intershop, Delikat, Genex etc.). Die DM wurde zur begehrten Währung: Im Tausch „gegen blaue Kacheln“ kriegte man alles. So entstand die Illusion von der Überlegenheit der DDR im Vergleich zu anderen Ostblockländern, aber auch Frust bei SED-Kadern ohne Westverwandtschaft. Widerstand der DDR-Bevölkerung ließ sich mit einem umfassenden Terrorapparat und einem höchst selektiv arbeitenden Schul- und Hochschulsystem klein halten. Der Großteil der bürgerlichen Eliten hatte das Land bis zum Mauerbau verlassen.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 30. November 2007 erschien eine Rezension des Buches von Zatlin, geschrieben vom Mainzer Historiker Andreas Rödder. Er hat die Arbeit Zatlins wohl nur angelesen. Richtig verstanden hat er sie jedenfalls nicht. Die Frage, ob eine „funktionierende Geldtheorie das Scheitern der DDR hätte verhindern können“, kommt nach der überaus sorgfältig dokumentierten Darstellung sehr überraschend. Diese Frage stehe – so Rödder – im Raum, und Zatlin habe darauf keine Antwort gegeben. Zwar konzidiert der Rezensent die dargestellten Systemdefizite. Die von Honecker betriebene „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ habe die internationa-

le Zahlungsunfähigkeit der DDR zur Folge gehabt, aber er kann der zentralen These von Zatlins („money unmade the GDR and then unified Germany“) nicht zustimmen. Dabei dürfte sich auch unter Wirtschaftshistorikern allmählich herumgesprochen haben, daß der Erfolg von staatlicher Wirtschaftspolitik in der Stabilität der Währung liegt. Man fragt also nicht nach einer funktionierenden Geldtheorie, sondern nach den institutionellen Grundlagen guter Ordnungspolitik. Dazu gehört eben auch eine – von staatlichen Weisungen – unabhängige Zentralbank.

Die besondere Beziehung zu Westdeutschland hat für das SED-Regime zwar die finanziellen Engpässe des Regimes abgemildert, aber das Regime auch angreifbarer gemacht. Erfolgreiche Jagd auf „Politisch-Ideologische Diversion“ (PID) und „Politische Untergrundtätigkeit“ (PUT) füllte die Gefängnisse und brachte nennenswerte Staatseinnahmen aus Häftlingsfreikäufen. Widerstand in Polen und der Tschechoslowakei hingegen mußte sich andere Wege suchen. Die Sowjets litten auch unter den Muckefuck-Ökonomie-Symptomen. Ihr Rohstoffreichtum, einfachere Kontrollmöglichkeiten an den Grenzen und ein raffiniert ausgebautes Naturaltausch-System zögerten den ökonomischen Zusammenbruch als Zentralmacht hinaus. Mit Gorbatschows Offenbarungseid fiel das gesamte Satellitensystem wie ein Kartenhaus zusammen. Das hatten westliche Wirtschaftshistoriker zwar schon lange prognostiziert, kam aber wohl für die Regierenden in Bonn wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Am eindrucksvollsten ist Zatlins „Epilog“. Er belegt, welche tiefgreifenden mentalen Defekte das System bei den Ostdeutschen langfristig hinterlassen hat. Der Glaube, der Sozialismus könne die ökonomische Knappheit und die soziale Ungleichheit des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems erfolgreich lösen, ist nach wie vor stark verankert. Man ist zwar verunsichert durch die Ereignisse des Mauerfalls, sucht aber immer noch nach einem besseren Sozialismus. „Was nützt mir die Freiheit, wenn ich kein Geld habe, um zu reisen?“, antwortete Bärbel Bohley – die „Mutter der Revolution“ – auf die Frage von Marcel Ophüls nach ihrer Meinung zum Fall der Berliner Mauer.

Die Lektüre von Zatlins Buch war für mich ein außerordentlicher Gewinn. Eine so profunde wirtschaftshistorische Darstellung der Zustände in der DDR habe ich bisher noch nicht gelesen. Zudem ist das Buch gut und spannend geschrieben. Eine Übersetzung ins Deutsche ist dringend zu empfehlen.

Rödders letzter Satz: „Wann hören die deutschen Geisteswissenschaften auf, sich von sachlich Unbefugten ständig ihre vermeintliche internationale Rückständigkeit vorhalten zu lassen?“, zwingt mich zur Gegenfrage: „Wann erkennen deutsche Historiker, daß sie für den ökonomischen Analphabetismus deutscher Schüler verantwortlich sind?“